

Sächsische Zeitung

№. 119.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1904.

Erste Ausgabe
Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 87.
Telephon Nr. 158.

Erste Ausgabe
Dienstag, 12. März 1904.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 2.
Telephon Nr. 931.

„Unlösbarer Widerspruch“.

Wenn die Behauptung der verbundenen Kommerzienräthe wäre, daß die Agrarier sich mit ihrem Verlangen nach Erhöhung der jetzigen landwirtschaftlichen Zölle „in unlösbarem Widerspruch zu allen übrigen Erwerbszweigen“ setzen, dann wären die Büren und Genossen nicht so ganz im Unrecht, wenn sie sich in ihrer Agitationsversammlung als Vertreter der Gesamtinteressen der Nation aufstellen. Es verlohnt sich deshalb der Mühe, die zahlreichen Kundgebungen, welche in längerer Zeit aus den verschiedensten Erwerbszweigen heraus die Frage einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle laut geworden sind, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Um zu erkennen, ob jene Behauptung des Kommerzienräthe-Vereins irgendwelche Berechtigung hat.

In erster Linie richtet sich der Vorstoß der freisinnig-sozialdemokratischen Agitation gegen die Großgrundbesitzer, besonders gegen die „sozialistischen Junker“. Sie sollen allein den Vorteil von den Getreidezöllen haben, während die Bauern und Kleinbesitzer davon nur geschädigt werden. Hier liegt also wohl der erste „unlösbare Widerspruch“. Wie aber steht es damit in Wahrheit?

Was nun liegt die Eingabe, welche der „Bayerische Bauernbund“ und der „Sächsische Bauernbund“ (soeben an die Reichsregierung) den Bundesrat und den Reichstag gerichtet haben. Da wird ein gleichmäßiger Zoll von mindestens 7 Mk. auf alle Felderfrüchte gefordert. Zur Begründung dieser Forderung heißt es denn wörtlich:

„Wir können nicht umhin, der Behauptung entgegenzutreten, die im Gewande der „Wissenschaftlichkeit“ umhergeht, den Bauern und der Wahrheit widerspricht, daß nur der Großgrundbesitzer Vorteil von den Zöllen habe, nicht aber der Mittel- und Kleinbesitzer. Das wissen wir Bauern besser! Wir haben alle ohne Ausnahme, vom Großgrundbesitzer bis herab zum kleinsten landwirtschaftlichen Tagelöhner, einen Vorteil von dem Sogge unserer Arbeit durch landwirtschaftliche Zölle, jeder an seinem Teile und nach Verhältnis seines Weises, ja die kleinen Besitzer oft mehr als die großen. Jeder der Landwirtschaft treibt, hat auch etwas zu verkaufen, sei es was es wolle; womit soll er sonst seine Steuern und sonstigen öffentlichen Lasten und Abgaben bezahlen? Jeder ist auch interessiert an auskömmlichen Preisen für seine Erzeugnisse, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, die ja selbst in der Regel etwas zu verkaufen haben, sei es Getreide, seien es Schweine u. a. n., und dann, wenn ihre Arbeitgeber etwas verdienen, haben sie auch angemessene Löhne zu gewärtigen.“

Das ist eine nicht misszuverstehende Klugrede aus rein bäuerlichen Kreisen. Und daß sie nicht künstlich gemacht ist, wie die von den freisinnig-sozialdemokratischen Agitationsversammlungen fast stets „einstimmig“ beschlossenen Resolutionen, dafür bürgt die Tatsache, daß von der selbstbewußten demokratischen Volkspartei, welche wahlrechtlich die Mehrheit vertritt, den „sozialistischen Junkern“ Vorteile zuzuwenden, beinahe sechs Mitglieder im württembergischen Landtage für eine Erhöhung der Getreidezölle gestimmt haben, weil die unter ihren landlichen Wählern herrschende Stimmung sie dazu zwang. Mit dem wackelnden Widerspruch zwischen Großgrundbesitz und Bauernhand ist es also nicht.

Wie steht nun die Industrie zur Forderung der Landwirtschaft? Daß die Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller am 3. Februar d. J. mit allen gegen eine Stimme sich für eine „ausreichende Erhöhung der Getreidezölle“ erklärt hat, ist bekannt. Inzwischen die Mitglieder dieses Verbandes sind ja in den Augen der Eisen-, Stahl- und Genossen ohnehin schon legerliche Abtrünnige; ihr Votum mag daher unberücksichtigt bleiben. Anders liegt die Sache aber mit den Verhandlungen des Deutschen Handelslages. Zwar hat diese Versammlung sich förmlich gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel erklärt, aber das ist überflüssiger Weise nur mit einer Mehrheit von drei Stimmen bei 291 Anwesenden geschehen. Offenbar ist eine so verdammbare Mehrheit noch keine genügende Unterlage für jene Behauptung der verbundenen Kommerzienräthe, der Reichstag vertritt aber für dieselbe vollends jede Beweislast, wenn man die demselben vorangegangenen Verhandlungen an der Hand des stenographischen Berichtes prüft.

Da zeigt es sich, daß der Generalsekretär Mollath als Vertreter der Handelskammern zu Much und Saarbrücken sich für eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle und zugleich für die von agrarischer Seite geforderte Aufhebung eines Marginal- und Minimalzolls ausgesprochen hat. Dasselbe that der Vertreter des industriellen Handelskammerbezuges Bochum, Herr Behrens, mit der Begründung: „Wir Alle erachten die Aufgabe, die Landwirtschaft gesund zu erhalten, für eine der vornehmsten für Alle, die berufen sind, an diesen großen wirtschaftlichen Fragen mitzuarbeiten.“ Endlich erklärte Dr. Deumer namens des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Norddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, daß die Industrie höhere Zölle fordere; weil wir nach den Erfahrungen, die wir an der Gründung der Industrie gemacht haben, der Begründung nicht bezugt werden können, daß jeder Getreidebesitzer eine Vertheuerung oder Verarmung der Lebenshaltung in sich schließt.“

Dr. Deumer fügte noch hinzu, die Industrie habe ein großes Interesse an einer konsumkräftigen Landwirtschaft. Deshalb wüßten auch die Arbeiter in seinem Bezirk die Getreidezölle anzusehen, nicht bloß vom sozialdemokratischen Gesichtspunkte aus, sie wüßten vielmehr, daß auch der Landwirth leben muß, und begriffen sehr wohl, was eine konsumkräftige Landwirtschaft für die Industrie bedeutet.

Für die Richtigkeit dieser seiner Beurteilung der unter den Industriearbeitern herrschenden Stimmung hat Dr. Deumer soeben aus Arbeiterkreisen selbst eine vollständige Bestätigung erhalten. Der „Bergarbeiter“, das Organ des Centralvereins der sächsischen Bergarbeiter, spricht es mit großer Entschiedenheit aus, daß „die Industriearbeiter ein bestimmtes Interesse daran haben, wenn der Landwirtschaft durch angemessene Erhöhung der Getreidezölle aufgeholfen wird.“ Dies verstanden, vom Terrorismus der Sozialdemokratie nicht beherdigen Arbeiter haben den Kern der Frage richtig erkannt. Sie wissen, daß alle Organisationen an der Thatlage nichts ändern können, daß sich der Lohn nach Angebot und Nachfrage richtet. Und weil, wie der „Bergarbeiter“ ausführt, „die Arbeiter, welche den Industriearbeitern aller Branchen die Löhne durch Angebot ihrer Arbeitskraft herabdrücken, zum weitaus größten Theile aus der Landwirtschaft kommen“, deshalb sind sich alle Industriearbeiter darüber völlig einig, daß diese aus den landlichen Gegenden kommenden Lohnbrüder vor allem fern gehalten werden müssen. „Die Landwirth“, so heißt es weiter, „müssen in den Stand gesetzt werden, selbst höhere Löhne zahlen zu können. Das wird ihnen durch die angemessene Erhöhung der Getreidezölle ermöglicht werden. Denn es ist unsinnig, wenn die von den Sozialdemokraten und Gegnern der Getreidezölle behauptet wird, der kleine Bauer habe doch nichts von der Erhöhung der Getreidezölle.“

So steht es mit den übrigen Erwerbszweigen. Die Bauern, die Industriellen, die Industriearbeiter, soweit sie nicht im Range der Börse oder der Sozialdemokratie stehen, sind völlig einig mit den „sozialistischen Junkern“ in der Beurteilung der Nothwendigkeit, die nothwendige Landwirtschaft durch wirksamen Schuttschutz wieder zu kräftigen und konsumfähiger zu machen. Weichen also als gegnerische Erwerbszweige nur noch die Börse und der internationale Handel übrig. Wir verdanken es diesen nicht, daß auch sie ihre Interessen wahrzunehmen bemüht sind, aber sie sind doch schließlich nicht allein auf der Welt da, sondern werden sich den Gesamtinteressen unterordnen müssen.

Deutsches Reich.

Halle, 11. März.

* **Infolge des Bremer Vorfalls** ist der Sicherheitsdienst um den Kaiser erheblich vergrößert worden. Wie die „Berl. Mont.-Ztg.“ hört, sollen fortan sechs Berliner Beamte den Kaiser begleiten und nach ihren Angaben die Maßnahmen der Hofbehörden erfolgen. Auch die Absperren werden eine Verhängung erfahren.

Dem „V.“ wird aus Bremen telegraphisch: Um den schmerzlichen Empfindungen der Bremer Bevölkerung über das Attentat Ausdruck zu verleihen, bereiten Bremer Frauen und Mädchen jeden Standes und Berufes eine künstlerisch ausgestattete Adresse vor, die mit einer Blumenpende dem Kaiser überreicht werden soll.

* **Der Kultusminister Dr. Staudt** soll dem Vernehmen des hiesigen Telegraphen-Bureaus zufolge der Würde des Amtes überdrüssig sein. Ohne jede nähere Begründung ist der Werth einer solchen Meldung weit unter Null.

* **Neue Feldgeschütze?** Die „M.-W.-Ztg.“ schreibt: Die vielbesprochene Einführung des neuen Krupp'schen Schnellfeuer-Feldgeschützes mit Rohrrücklaufsysteme bei der preussischen Feldartillerie scheint nach Ansicht unserer Militär-Schriftsteller nicht so sicher zu sein, wie sie z. B. vom „Vorwärts“ gehalten wird. Die Anträge über die Kriegsvorbereitung des neuen Geschützes gegenüber dem jetzigen gehen eben auseinander. Man hält das Erfolge für den Frieden noch lange nicht genügend ausprobiert und behauptet, daß es infolge der Rohrrücklauf-Konstruktion im Felde Zufallen ausgesetzt sei, die seine unbedingte Kriegsbereitschaft in Frage stellen. Der Rohrrücklauf funktioniere allerdings tadellos und ermögliche ein besseres Zielen und erhöhe die Schußkraft, damit seien aber die oben ausgesprochenen Bedenken nicht beboren. Für die nächsten Jahre sei an eine Entscheidung über die Frage der Einführung des neuen Geschützes gar nicht zu denken. Im Uebrigen wird darauf hingewiesen, daß die Versuche mit dem Rohrrücklauf-System bereits älteren Datums sind. Das beweist z. B., daß Oesterreich und die Türkei im Prinzip gegen dies System sind, während sich für ein anderes erklärt und Japan bei seiner kürzlich vorgenommenen Neubeaufnahme sich ebenfalls nicht für das Rohrrücklauf-System entschieden habe.

* **Wom Reichsgericht.** Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, ist Oberlandesgerichtsrath Loh in Halle bereits zum Reichsgerichtsrath ernannt worden.

* **Höhere Lehrer und Richter erster Instanz.** Das Abgeordnetenhaus hat sich in diesen Tagen mit der vielerörter-

ten Frage der Gleichstellung der Oberlehrer an höheren Lehranstalten mit den Richtern erster Instanz befaßt. Den Vertretern der preussischen Regierung ist wiederholt zugesehen, einmal, daß in den letzten Jahren für die Vorsestellung oder Höheren Lehrer viel gethoben ist, und dann, daß die Agitation einiger dieser Herren für Vorsestellung und Vlangerbildung mondanal Formen angenommen hat, die nicht gebilligt werden können. Gleichwohl wird man den Ausführungen der Regierungsvorretreter nicht zustimmen können, wenn man erwägt, wie lange und wie sehr gerade die höheren Lehrer zurückgesetzt worden sind. Auch heute noch erscheint ihre Forderung, mit den Richtern erster Instanz bezüglich des Gehalts und Ranges gleichgestellt zu werden, den Vertretern der Regierung fast unangehörig, obwohl sie unter Erachtens eigentlich selbstverständlich ist. Die Vorsestellung bei Beamtenangehörigen ist vollkommen gleichwertig, die Jugend der höheren Stände zu bilden und zu erziehen oder in hohem Maße zu bilden, kann zweifelhaft sein. Wir sind der Meinung, daß der Beruf des Lehrers, vom idealen und realen Standpunkt aus betrachtet, mit am höchsten von allen Berufen steht. Gleichwohl scheint man in Preußen und auch andernorts wenig geneigt zu sein, auf den Wunsch der Gleichstellung einzugehen oder auch ihn nur erstlich zu ermöglichen. Das hätten wir für außerordentlich bedauerlich, denn es liegt auf der Hand, daß bei der jetzigen Sachlage junge Männer, die eine gewisse Empfindung für die soziale Stellung haben, sich kaum oder nur ausnahmsweise dem höheren Lehrberufe zuwenden werden, und das kann für unsere höheren Schulen nicht vorthellhaft sein. Wenn der höhere Lehrer mit vollem Erfolge seines Amtes walten will, dann muß er nicht nur ein Gelehrter, sondern auch ein in allen Saiten geübter Mann sein, denn seine soziale Stellung ein gewisses Selbstbewußtsein verleiht. Für die Arbeit an den höheren Schulen ist der beste Mann gerade gut genug. Schätz man die Stellung der höheren Lehrer niedriger ein als die anderer gleich vorgebildeter Beamten, dann darf man sich über die naturgemäßen Konsequenzen nicht wundern.

* **Pensionsfonds der Landesräthe.** Ueber den Stand des Pensionsfonds der Landesräthe erklärt der Evangelisch-Oberkirchenrath folgende Mitteilung:

„In Nr. 1 der „Evangel. Kirchenzeitung“ (Jahrgang 1901) haben unter der Ueberschrift: „Wie steht es mit dem Pensionsfonds“ unter Hervorhebung jenseitiger Daten aus mehreren Provinzen unseres Landesbestirte Mittheilungen über den Stand des Pensionsfonds Aufnahme gefunden, nach welchem die finanzielle Lage des Fonds ungünstig wäre und aus diesem Grunde an sich gesetzlich bestimmten Unterbreichungen müßten. Da, wie wir erfahren haben, diese Mittheilungen Aufsehen und Beunruhigungen in sächsischen Kreisen hervorgerufen haben, machen wir bekannt, daß die Angaben in dem erwähnten Artikel der „Evangel. Kirchenzeitung“ über die Lage des Pensionsfonds jeder thatsächlichen Grundlage entbehren, der Fonds vielmehr, wie in der außerordentlichen Berathung der General-Synode im vorigen Jahre nachgewiesen worden, durchaus im Stande ist, den an ihn herangetretenen berechtigten Anträgen völlig zu genügen. Mit der Unrichtigkeit der thatsächlichen Darstellung fallen auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen des vorerwähnten Artikels zusammen.“

* **Polenfrage aus Russland.** Die „Nowoje Wremja“ berichtet nach einer Meldung der „Marobni Wity“ von einem angeblich innerhalb des VI. Armeekorps in Schlesien eingeleiteten russischen Komplot. Infolge der „zugewiesenen“ deutsch-russischen Beziehungen sollen deutsch-polnische Soldaten die Möglichkeit eines Krieges zwischen Russland und Deutschland besprochen und für den Fall des wirklichen Eintritts eines solchen den Einschlag gefaßt haben, auf russische Seite überzutreten. Daran anschließend schreibt das russische Blatt:

„Die politischen Sympathien für Russland innerhalb des polnischen Preussens sind durchaus keine neue Erscheinung. Schon vor einigen Jahren, als Kardinal Kopp, der Bischof von Breslau, den Reichstagsunterrat in deutscher Sprache eintrah, fand in Ostpreußen eine Erhebung polnischer Patrioten (L) statt, auf welcher der Bischof gefaßt wurde, zur Orthodoxy überzutreten, ein Beschluß, der aus Gründen, die von den polnischen Patrioten unabhängig waren, nicht zur Ausführung kam. Jetzt sollen die russischen Sympathien und die Russenfreundlichkeit in Schlesien noch tiefer Wurzeln gefaßt haben. Die Organe der russischen Presse haben diese Bewegung begeistert von der Regierung zu verbergen. Vor Augen erklärte die holländische „Polener Zeitung“, die preussischen Polen könnten wohl danken, daß sie nicht unter der russischen Anthe ständen; darauf erwiderten die polnischen Blätter, die russische Anthe sei eine mühsige Erfindung und die preussischen Polen seien schlimmer daran, als die Polen in Russland.“

Wäre die letztere Behauptung richtig, so müßte es doch auffallen, daß so viele Polen aus Russland nach Deutschland auswandern und nicht umgekehrt. In Deutschland würde man es mit Fremden begreifen, wenn künftliche preussischen Polen hinter den rotz-blauenwigen Grenzspähern sich eine neue Heimat gründen; das wäre bis einfache und beste Lösung der preussischen Polenfrage.

* **Die Zulassung zu den medizinischen Prüfungen.** Der Vorstand der Veste Kammer Berlin-Brandenburg hat an den Bundesrat das Gesuch gerichtet, an die bisherigen Bestimmungen, nach denen der Beiz des Heilwesenjahres von einem künftlichen Symptomium für die Zulassung zu den medizinischen Prüfungen erforderlich ist, auch fernerhin unbedingt festzuhalten. Die übermüthigen Weisheit der deutschen Ärzte erachte die Erhebung der Beiz des künftlichen, insbesondere des griechischen Alterthum, für eine der wichtigsten Grundlagen der humanitären Bestimmung, die gerade

in der ärztlichen Thätigkeit notwendig sei als in jeder anderen, und die Zeit noch trotz der trügerischen materiellen Abhängigkeiten den beiden ärztlichen Berufs. Der Vorstand der Vereinigung hofft zunächst, daß der Bundesrat davon absehen werde, dem Berufsstand eine von ihm mit Zustimmung und Entscheidung als höchst schädlich nicht nur für den Stand, sondern auch für das Gemeinwohl bezeichnende Reform aufzuzwingen. Der Vorstand hat ferner die übrigen preussischen Vorkammern, sowie die medizinischen Fakultäten und alle ärztlichen Vereine Deutschlands aufgefordert, sich seiner Petition an den Bundesrat anzuschließen. Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat bereits eine Kommission eingesetzt, gegen die Zulassung der Realgymnasialstudien zum medizinischen Studium eine Petition an den Bundesrat zu richten.

Einheitliche Briefformen. Die Vereinfachung überflüssiger Scherenschnittarbeiten im Reichspostdienste, über die sich der künftige Staatsrat in Vorbereitung bei der Beratung des Postgesetzes nicht überflüssig befürchten, wollen sich, einem Berliner Blatte zufolge, die deutschen Papier- und Schreibmaterialfabrikanten angelegen sein lassen. Sie werden demnach für einer Konferenz in Berlin zusammenzutreten, worin darüber beraten werden soll, wie Form und Farbe des Papiers, sowie die äußere Gestaltung von Briefumschlägen aller Art, alle berechtigende industriellen Interessen zu schützen, den Bedürfnissen einer bequemen und sicheren Briefbeförderung angepaßt werden können. Von der Robustheit der Briefe, der Größe oder geringeren Briefanzahl, Karten u. s. w. könne sich im Allgemeinen keine Rücksicht genommen werden. In der Konferenz sollen die Unterlagen für eine Verständigung der Papierindustriellen mit der Reichspostverwaltung geschaffen werden.

Organisation der Juden Deutschlands. Wie die dem „Vorwärts“ entnehmen, hat ein mit der Vorbereitung zur Organisation der Juden Deutschlands betrautes Auschluß unter Einwirkung jüdischer Delegierter aus allen Theilen des Reiches nach einem Antrag des jüdischen Prälaten aus Berlin den geschäftsmäßigsten Ausblick hinsichtlich der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Organisationsform der Juden Deutschlands, der einer neuen Bestimmung zur Beschäftigung unterbreitet werden soll. Bis dahin ist der Inhalt derjenigen Organisationsform zu erheben, welche sich noch nicht erklärt oder sich abweisend verhalten haben. So unternehmend jüngst das jüdische Organ „Der Stern“ scheint nun, so meint die „Vorwärts“, nach diesem Beschlusse ganz abgehen zu wollen.

Verhörer der Getreidepreise wider Wien. Die so-„admetrische“ Presse ist erigant, wenn auch sehr gegen ihren Willen, aber doch hauptsächlich die Gründe gegen die Verhängung des Zollschutzes für die deutsche Landwirtschaft zu erörtern. So unternehmend jüngst das jüdische Blatt der Partei den Versuch, an der Hand der Jahresberichte geschäftlicher Arbeiterfamilien den Beweis zu liefern, daß die abnehmende Bevölkerung durch Getreidepreise in noch höherem Maße betroffen werde, als bei der bekannten Berechnung eines Verbrauchs von zwei Zentner Weizen auf den Kopf der Bevölkerung angenommen wurde. Um aber zu diesem Ergebnis zu gelangen, mußte das sozialdemokratische Blatt die Preisveränderung infolge des Getreidepreises von dem ganzen Preise des in der Familie verbrauchten Brotes in Rechnung stellen, obwohl bekanntlich für den geschäftlichen Verkehr das Rohmaterial nur von untergeordneter Bedeutung ist, während wiederum ein großer Theil von ganz anderen Faktoren, den Grund- und Nebenerzeugnissen der Arbeitsstätten u. s. w. abhängt, als von dem Preise der Vorräthe. In Wirklichkeit liefern gerade die von dem leitenden sozialdemokratischen Blatte herangezogenen Arbeiterbudgets den schlagendsten Beweis, daß die arbeitende Bevölkerung in der That durch die Getreidepreise nicht nur nicht entlastet, sondern in noch höherem Maße belastet wird, wie dies bei der landläufigen, aber bekanntlich mit der praktischen Erfahrung keineswegs stimmenden Annahme eines Verbrauchs von

zwei Doppelcentnern auf den Kopf der Bevölkerung richtig auszurechnen ließe. Jetzt aber führt der „Vorwärts“ ausdrücklich aus, daß infolge der steigenden überseits Konkurrenz und der Verbilligung der Erzeugnisse schon in dem nächsten Jahrgang eine Erhöhung des Weizenpreises auf 9 Mk. des Hektars auf 7 Mk. notwendig sein würde, um eine Entlastung des jüdischen durchschnittlichen Verbrauches der Verbrauch für den deutschen Markt zu bewirken. In der Folge würde zu diesem Zwecke noch eine weitere beträchtliche Erhöhung der Getreidepreise erforderlich sein. So mag dahingestellt sein, ob diese Behauptung der Thatsachen entspricht. Ob es aber, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, einen unabweislichen Beweis für die Nothwendigkeit einer Verbilligung des Hektars für den deutschen Getreidebau, als die Annahme eines andererseits bevorzugen starken Rückganges der Getreidepreise auf dem deutschen Markt und nicht als deshalb eine unerwünschte Abmilderung für die geplante Erhöhung der Getreidepreise, als diese Darlegungen des sozialdemokratischen Blattes? Dies ferner nach der Behauptung dieses Blattes schon in der nächsten Zeit ein Zolltag von 9 Mk. auf den Doppelcentner Weizen, von 7 Mk. auf den Doppelcentner Roggen notwendig, um einen die Existenzfähigkeit des deutschen Getreidebaues nicht bedrohenden Rückgang der Getreidepreise zu verhindern, so wird damit auch die Behauptung getilgt, daß durch die neuen Zolltarife die Existenzfähigkeit des Brotverbrauchs und seine Lebenshaltung gegenüber dem jetzigen Zustande herabgedrückt werden würde. Gerade die Beweisführung des sozialdemokratischen Blattes liefert also die wirksamsten Argumente für eine Verbilligung des Hektars für den deutschen Getreidebau und nicht den freischaubaren Gegenargumenten den Boden unter den Füßen weg.

Ein Chien? Der französische Ingenieur Brinckwitz, der, wie wir bereits mittheilten, von Kiel aus wegen Espionage verfolgt wurde, ist in Friedrichshafen verhaftet worden.

Als Deutsch-Großbritannien. Als noch Lediglich von den Bünen beherrschte wurde, verhängte sich die Begabung mit dem englischen Vizekönig nach dem Ausbruch der Revolution auf der Schutze in der Südwestafrika-Verwaltung. Der Gouverneur Letourneau ließ sich vor 3 Jahren dieses Instrumente vorführen und hat zwei Jahre angeordnet. Ein Offizier ist besonders mit ihrer Handhabung betraut und soll seine Erfahrungen darüber zusammenstellen. Nach in Deutsch-Ostafrika sollen demnach Photographen zur Verwendung kommen.

Indien.

Dänemark.

Nach einem Telegramm des „A. T.“ aus Kopenhagen ist der Gedanke, die dänischen Inseln in Verbindung mit die Vereinigten Staaten zu verkaufen, als englisch aufgegeben zu betrachten. Auf Amerika denkt an keinen Kauf mehr. Dies geht auch schon daraus hervor, daß die Kaufbedingungen in Mac-Klen's Vorschlag vollständig unerträglich sind. Die dänische Regierung besitzt jetzt solche Reformen auf den Inseln vor, die Aussicht haben, auf administrativen Wege durchgeführt werden zu können.

England.

Ueber die englische Seereform werden von London noch weitere Einzelheiten aus der Rede des Kriegsministeriums protokolliert: Auch die Errichtung von acht Garnisons-Battalionen, die Verwendung von fünf indischen Battalionen und ferner darauf, daß die Garnisonen feiner Kolonialstationen künftig von der Flotte gestellt werden sollen, die bisherigen Garnisonen somit fast verdoppelt, ergibt sich eine Stärkung der regulären Truppen um 18 Battalionen. Die Stärke der Flotte soll auf 160 000 auf 150 000 Mann, die der Reserve auf 35 000 und die der Volunteers auf 25 000 Mann erhöht werden. Dies ergäbe 25 Battalionen, sowie 15 indische Infanterie in vier Battalionen schwere Infanterie, die hauptsächlich in der Umgebung von London stehenden Artillerie- und die jugendlichen Kriegsschiffe Postitionen auszubilden sind. Die Gesamtzahl der neuen Truppen beläuft sich auf 125 000 Mann mit einem Kostenverhältnis bis zu zwei Millionen Pfund Sterling. Die Seeflotte wird 260 000

Mann, die Garnisonen im Inlande werden 186 000 bis zur Verbilligung von London bestimmten Volunteers 100 000, die Gabelle 400 000 Mann, Reserve u. s. 120 000 Mann zusammen, insgesamt 686 000 Mann.

Nordamerika.

Amerikanische und deutsche Großindustrie gegen englische? Die „New-Yorker World“ verurtheilt einen jesuitischen Artikel über ein angebliches Bündnis zwischen der amerikanischen und deutschen Großindustrie mit der englischen Metallurgie durch die Zusammengehören einen tödtlichen Schlag zu versetzen.

Der Krieg in Ostafrika.

Die meisten Londoner Blätter veröffentlichten Nachrichten aus Ostafrika, betreffend die angeblichen Friedensverhandlungen. Mehrere Blätter berichten, daß die Regierung unglücklich an Ritters Befehl erhielt habe über die Bedingungen, welche er den Büren zu stellen habe. „Daily Express“ erklärt, daß man in amtlichen Kreisen bestimmt auf die Uebergabe von Boita's an Ritters noch vor Ende dieser Woche rechnet. Boita sei einer sofortigen Unterwerfung geneigt, müßte jedoch die übrigen Kommandanten zu seiner Ansicht bewegen. Diese wollen von einer Uebergabe nur in dem Falle wissen, daß die englische Regierung gewisse Bedingungen annehme. Boita's Forderungen seien der englischen Regierung unterbreitet worden. Dergleichen Abrede habe ein lebhafter Protest, wegen Verstoßes der englischen Regierung und Ritters gegen die gefunden. Andererseits bemerkt dasselbe Blatt, daß zwischen Ritters und Dr. Leyds verschiedene längere Unterredungen über die Möglichkeit einer Unterwerfung stattgefunden haben. Ein Mitglied aus der Umgebung Ritters soll versichert haben, die Uebergabe dürste bis morgen, Dienstag, stattfinden. Was Christian De Wet angeht, so wird aus Boita's vorgelegt gemeldet: Es ist De Wet endgültig gelungen, mit 400 Mann nach dem Norden zu entkommen. Seine Kolonne, zu welchem auch ein Kommando unter dem Befehl Frobenmann gehören ist, bewegt sich in forcirten Märschen nach Bulwerfontein. Aus Kapstadt kommt folgende Mittheilung:

De Wet hat neulich verurtheilt, eine Zusammenkunft mit Christian De Wet zu haben; dieser weigerte sich und beschied De Wet als einen Verräther, der sich von englischen Soldaten besetzen lassen. Christian De Wet erklärt, er wolle dem Kampf bis auf's Aeußerste fortsetzen. — Seit Samstag sind sechs neue Vessälle vorgekommen, darunter drei von Europäern. „Daily Mail“ berichtet aus Lourenço Marques: Die Polizei stellt eilige Nachforschungen zur Verhaftung der Burenflüchtlinge an, die sich in der vergangenen Woche gemeldet haben, an Bord eines portugiesischen Transportschiffes nach Kapstadt eingeschifft zu werden. Die Polizei verurtheilt eine Untersuchung, früheren Kommando in amerikanischer Herr, der keine Beweise annehmen habe, um sich den Büren anzuschließen. Der Vertreter aus dem Staate des amerikanischen Staates angewandt, welcher sich nicht weigerte, einzufahren.

Auch in England mehrt sich die Zahl derer, die öffentlich eine Beilegung des Krieges verlangen und für die Büren eintreten. So wird uns unter anderen gegen die Freiheitigen in Ostafrika fordere der Major von New-Castle-on-Tyne nicht die Einwohner auf, die Soldaten stellen zu empfangen, einen Dankgottesdienst zu halten und den im Kampf Gefallenen ein Denkmal zu errichten. In einem öffentlichen Schreiben trat der Herrer Malcolm Laing von der „Church

of the Redeemers, die er bei jeder Gelegenheit auszusprechen, wurde bei dieser Inspektionsreise noch erhöht. Im Mittelpunkt einer größeren militärischen Forderung stand der Prinz von dem Antritt der Regierung noch, als die Krone sich vierzig-jährigen Dienstjahren, bei dem er zum Generaloberstleutnant (Generaloberst) aufsteigt, festlich beging.

Was kommt aus der Lebensangabe des Fürsten im Großen und Ganzen der militärischen Laufbahn genähert gewesen, so hat er doch schon sehr früh verantwortliche Aufgaben des Herrscher's übernehmen müssen. Obwohl Ludwig I. ihm in seiner Weise für die spätere Stellung als Regent hatte erzielen lassen — war es doch nicht voranzujehen, daß Ludwig als dritter Sohn niemals an die Regierung gelangen würde — fiel ihm schon bei Ludwig's Tod Ludwig I. häufig die Verantwortung des Königs bei Festhalten und Entschlossenheit zu dieser Aufgabe vertheilt ihm während der Regierung Ludwig II., des Nachfolgers Ludwig I. und in noch weit erhöhten Maße, als Ludwig II. auf dem Thron saß. Hatte Prinz Ludwig doch schon nach dem Tode Ludwig im Wittelsbacher Hause regelmäßig und mit feinem Gifer an den Monarchen und Ausschussberatungen der Reichsversammlung theilgenommen, so fiel ihm mit den Jahren immer mehr die Leitung der Staatsgeschäfte zu.

Es mag diesen oder jenen Wunder nehmen, wenn an dieser Stelle auf die späteste Zeit, die das bayerische Volk und der Prinz Ludwig in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgemacht haben, eingegangen wird; und doch gebietet das die historische Verantwortlichkeit und der Willen der Gerechtigkeit dem Regenten gegenüber, dem ich Volk, insbesondere für kein vornehmlichstes und stillstes Wirken während der letzten Regierungszeit Ludwigs II., zu diesem Danke verpflichtet ist. Auf der Höhe seiner Leuchten, löblichen Charaktere lebte der unglücklich König, fern von dem Volk, dem sein Geist längst entfremdet war und das mit der abgöttischen Liebe der ein herbes Weisheit nicht Begreifen an zu seinem Herrscher hing, ihm mit einer Marielle und einer Märtyrerkrone umgeben und mit einem Geiste von Sünden umgeben, die das Volk der Verantwortlichkeit fast entließen. In selbsterlösteren Zeiten gegen seinen Willen und das bayerische Volk, von starken Persönlichkeiten befreit, der Unkatholik seiner Nähe noch bemerkt, regierte der Prinz Ludwig, dem weder der weltliche König, noch das geliebte Volk für diese entgangene, schwere Arbeit dankt. Heute zu seinem 80. Geburtstag, wo die dunklen Schatten eines tragischen Schicksals gewichen sind, darf das bayerische Volk das ganze deutsche Volk dem Prinzen Ludwig in der Geschichte herzlich danken für das, was er in jungen Tagen geleistet und gelitten hat. Es kam der verhängnisvolle Wintertag 1886 — der Tag des Todes — vor, als der dunkle, wirre Gerichte eilte von Wand zu Wand, das grauenvolle Ereignis zeitigte zahllose Leben und Hirngespinnste — und unglücklich nach Prinz-Regent Ludwig nach der Ermäßigung seines vertrauten Fremdes in stofflosem Scherz am Fenster und meinte, von Niemandem bemerkt, den Lungensang um den glänzenden König.

Bayerischer Prinz-Regent.

1821. — 12. März. — 1901.
Von Paul Wächter (München).

Der 12. März des ersten Jahres im neuen Jahrhundert ist ein vaterländischer Festtag, nicht nur im Bapenland, sondern im ganzen deutschen Reich. Das deutsche Volk, dessen monarchische Bestimmung in politischen Sturm und Wetter erprobt worden ist, feiert den achtzigsten Geburtstag des Regenten unseres zwelfterjährigen deutschen Bundesstaates. Bärmer und herzlicher als mancher andere Festtag wird dies Familienfest des Hauses Wittelsbach herbeibringen in das Volk der Deutschen; eine alte, tiefe Neigung, die einen wesentlichen Grund in der Sehnsucht des Deutschen nach dem Wergehen haben mag, und die allem politischen Particularismus nach Trost lebendig bleibt, verknüpft den Norden des Vaterlandes mit Bayern, und von der nicht immer erwiderten Sympathie des Norddeutschen für den Süddeutschen, speziell für den seiner Eigenart Holz bewussten und zu nationaler Empfindung schwer geneigten Bayern gehört ein guter Theil dem Prinzregenten Ludwig II., der in allen Theilen des engeren und weiteren Reiches eine sorgfältigste Berücksichtigung genießt, die er nicht einmal aus seinen punktförmlichen Auftreten, nicht dem hohem Flug eines genialen Geistes, sondern der Lichtheit des Charakters, der verständnisvollen Hingabe für seine Unterthanen, der unerschütterlichen Lebenswürdigkeit und Einfachheit seines Auftretens, seiner Bornetheit, Geradheit und Treue verdankt.

Es wäre nicht wohl angebracht, in löblichen Worten das Lob des in seinem innersten Wesen beschiedenen und jedem Quäntchen abgebenen Fürsten zu fingen, weil es nicht möglich ist, gerade die besten Eigenschaften dieses Mannes gebührend zu würdigen, wenn man die Schilderung seiner Persönlichkeit, seines ganzen Wesens und seines Lebens in lauten und großen Worten entwerfen wollte.

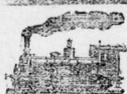
Ludwig's Karl Josef Wilhelm Ludwig, künftiger Prinz von Bayern, wurde als dritter Sohn des Königs Ludwig I. am 12. März 1821 im königlichen Hofschloß in Würzburg geboren. Seine Jugend verlief sich einfach; seine Erziehung hies den Prinzen von Anfang an auf das Militärische hin. Bayern's Prinz-Regent hat als Artillerist von der Pike auf gedient. Zwar hatte er an seinem vierzehnten Geburtstag das Patent als Hauptmann im I. Feldartillerie-Regiment erhalten, aber nichtbefähigter machte er die Wachen als Gemeiner, Bombardier, Korporal und Feuerwerker. Prinz Ludwig hat damals vor dem Schiffschloß am Haupte des Generals v. Joller, in der Kesselmade an der Rebellenszeit und am Pulvermagazin beim Schloß Grünwald im Harzthal Koffen gestanden. Im Juli 1839 trat der Prinz als Leutnant ein, er avancirte dann zum Oberstleutnant und schließlich zum Oberst seines

Artillerie-Regiments. Auch nachdem er Brigadier in der ersten Armee-Division (Aindauer) geworden war, bewachte er der Lieblingssache die Treue. Im Jahre 1848 finden wir ihn denn auch schon wieder als Generalleutnant und Artillerie-Korpskommandanten. Am 6. Juni 1861 erfolgte die Ernennung zum Feldzeugmeister bei der Armees-Inspektion, in dieser Stellung hat er sich in erster Linie mit der Organisation der Artillerie beschäftigt.

In dem ereignisreichen und folgenschweren Jahre 1866 dessen Antritt kam es zu dem Bruch mit und der deutschen Schänke vorbereiten sollten, finden wir den Prinzen Ludwig als selbstvertrauend Generalinspektor der nichtmobilen Truppe; doch nach dem Tode des Generals von Joller hatte der Prinz das Kommando über die dritte Armee-Division zu übernehmen; er führte die Bayern in dem Geleitz bei Gelnhausen; seine Truppen mußten dem Ansturm des Omeers weichen, aber auf diesem Schlachtfeld, auf dem Prinz Ludwig mit unergründlichem Muthe in seiner ausharrte, ohne sich durch die schwere Verwundung seines ältesten Sohnes Ludwig in der unergründlichen Pflichtenstellung behindern zu lassen, gab der Prinz eine vollständige Probe seiner kriegerischen Tüchtigkeit und seiner hohen Tapferkeit.

Und nach diesem Kampfe, bei dem sich der Norddeutsche und der Süddeutsche als Feinde gegenüberstanden, finden wir die Jahre später, im deutsch-französischen Kriege, den bayerischen Prinzen im Hauptquartier Wilhelm's I. als militärischen Vertreter des Königs. Wichtige Charakterzüge dieses Prinzen Ludwig sind außerordentliche Charakterfestigkeit und die Fähigkeit, dem Wünschen des künftigen Reiches auch gegen den eigenen Willen unbedingt gehorchen zu sein. Seine Neigung hätte ihm zu den bauerischen Truppen geführt, als es galt, das Korps v. d. Tann herauszubringen, aber seine Pflicht hielt ihn im Hauptquartier zurück, wo er ein entscheidender Förderer der Gründung des Reiches war — wie auch Prinz Bischoff in seinen Gedanken und Erinnerungen bestätigt. Wilhelm I. erhebt durch die Vereidigung des Ehemaligen Königs an dem Prinzen Ludwig die treue Mitarbeit des preussischen I. Feldartillerie-Regiments; auf ausdrücklichen Wunsch Wilhelm's I. wurde er am 16. Juni 1871 dem Einzug der Truppen in Berlin bei. Am 16. Juni 1871 begrüßte die Münchener Prinzen an dem gemeinsamen Werk der Einigung nicht minder, als die Tapferkeit der bayerischen Armee. Demals verließ ihn auch der König die Cheffelle des preussischen I. Feldartillerie-Regiments; auf ausdrücklichen Wunsch Wilhelm's I. wurde er am 16. Juni 1871 dem Einzug der Truppen in Berlin bei. Am 16. Juni 1871 begrüßte die Münchener Prinzen an dem gemeinsamen Werk der Einigung nicht minder, als die Tapferkeit der bayerischen Armee.

Schon bei der Reorganisation der bayerischen Armee nach dem Feldzug von 1866 war der Prinz Generalinspektor der Armee geworden. Auf seinen Inspektionsreisen kam er durch ganz Bayern; der Verbesserung mußte er den König erleben, der sich immer tiefer in seine selbstschlechte, traumerfüllte Einsamkeit zurückgezogen hatte. — Den Stamme der Armee blieb der Prinz immer nahe; seine Beobachtung bei Offizieren und Mannschaften, namentlich aber



Karl Riesels Reisebureau

Telephon I, 3236.

Berlin NW.

Unter den Linden 57.



Italien

mit Riviera, Nizza, Monte Carlo, Rom, Neapel, Corfu (Griechenland), Schweiz etc.

Abreise 4. April, 48 Tage: 1500 Mark.

Im Reisebetrag ist eingeschlossen vollständige Verpflegung in Hôtels I. R., auch während der Eisenbahn- und Dampferfahrt. Höchster Comfort à Person 1 Zimmer, sämtl. Trinkgelder. Sprach- und ortskundige Führung. Freie Eisenbahnfahrt, Ausland I. Cl., Deutschland II. Cl. 25 kg Freigeäck etc.

Pfingstreise

nach Oberitalien, Schweiz, Schwarzwald, Gotthard, Oberital. Seen, Mailand, Venedig, Tyrol, München.

25. Mai, 18 Tage: 490 Mark.

Nordlandreisen

bis zum Nordkap, herrlichste Landtouren durch Norwegen; sowie Besuch von Kopenhagen, Göteborg, Trollhättan, Christiania, Stockholm etc. „Beste Cabineplätze.“

Abreise: 22. Juni, 33 Tage: 1250 Mark.
" 11. Juli, 32 " 1225 "

Fachkundige Auskunft in allen Reisefragen, Besorgung sämtlicher Eisenbahn- und Schiffsbillete des In- und Auslandes. Alle gangbaren Reise- und Kursbücher, Pläne und Sprachführer stets auf Lager. Karl Riesels Hotelführer mit Städtebeschreibung u. s. w. gratis.



Wir alle trinken nur

Kaffee

Pottel & Broskowski

denn er schmeckt uns am besten und speciell die Mischungen zu 1, 1,20 und 1,60 sind geradezu hervorragend in Qualität und Billigkeit.

Prima Karlsbader Kaffeegewürz, Packet 40 Pfg.

Specialfabrik für
**Geldschränke, Panzerkassen
und Tresorbau.**

Bode & Troue, Hannover,
gegr. 1858.

Vertreter: **Carl Unger,**
Halle a. S., Halberstädterstr. 6.

Meiner werthen Kundschaft zur gefälligen Kenntniznahme,
daß ich die

Glasmalerei und Kunstverglasung

von **K. Guckeisen & J. Ewald**

auf eigene Rechnung mit Altiva und Bestiva übernommen
und unter meinem Namen weiter führe.

Ich bitte höflich, das der Firma geschenkte Vertrauen mit
auch fernestmöglich gütigst erhalten zu wollen.

Karl Guckeisen,

Atelier für Glasmalerei u. Kunstverglasung,
Halle a. S., Alte Promenade 8, Ateliergebäude Eing. D.

C. Stachelroth,

Marz 23,

Glasmalerei, Kunstverglasung,

Fernsprecher
143.

Gustav Moritz

Gr. Steinstr. 71,
Martinsberg 15.

Weingrosshandlung, Halle.

Alleiniger Vertreter der Sektkellerei

Kloss & Foerster, Hoflieferanten,
Freyburg a. d. U.

der Bordeauxwein-Grosshandlung

Reidemeyer & Ulrichs

in Bremen,

des Weingutsbesizers **Joh. Bapt. Sturm,**

Hoflieferant, Rüdelsheim im Rheingau.

Portwein, Rum, Arac, Cognac

in nur feinsten Qualitäten. [3318]



Zu beziehen durch die Weingrosshandlung

Auskünfte
über Geschäfts-
und Privat-
verhältnisse
das In- und Ausland
erhalten discret und
prompt

Beyrich & Grove,
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstr. 42, 1.
Fernspr. 2144.

Pralines, feinst
Chocolade-DeSSERTS, Fondants empfi
Carl Boech,
Breitestr. 1 u. Markt, Rother Thurm.

Neue Specialität

Leibniz-Biscuits

CAKES HANNOVER FABRIK

Weltausstellung Paris 1900: Goldene Medaille.

„Edredon“,
leichtester Filzhut.
Christian Voigt,
Schmeerstr. 21.

DAVID'S MIGNON- KAKAO

pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40
Ist an Reinheit und Wohlgeschmack unübertroffen.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

Finn's Reform-Corsets

D. R. G. M. Gold-Medaillen.
sind der vollkommenste Corset-Erfolg
der Gegenwart!

Sind als Sport-, als Hüftbands-, als
Ballcorset, für Magenkrank-, für verengte
Rippen, als Rindercorset, sowie für sehr
hochliegende Damen gleich verwerthbar, für die
Gesundheit wie zur Erhaltung einer guten,
natürlichen Figur.

Reine erhalten bei Mehrbefehl,
entw. Rabatt, bes. arme Patientinnen,
wenn Arztbesuch attestiert!

In Halle vertreten durch:
Frau Albrecht, Kurz- und Wäschehandlung in Giebiggasse 11.
Frau Müller, Schürick's Ausrüstung, Buchstr. [2181]

Deutscher, schreib' mit deutscher Feder!
Wer mit einer **guten deutschen Feder** schreiben will, fordere
Brause-Federn mit dem Fabrikstempel:

Brause & Co
Jserlohn

Probesort. I. EF. F. od. M-Spitze zu 20 Pfg. i. d. Schreib-Handl.

Pfeiffer'sches Institut zu Jena.
Die mit einem Patent verbundenen Metallhülse, deren Reife
seit 1901 am 16. April. Erzeugnisse. [2228]
Probefre auf Wunsch durch **Direktor Pfeiffer.**

Neu! **„Ever Ready“** (immer fertig.)
Neu!
Amerikanische tragbare elektrische
Lampe mit leicht zu erneuerndem Trocken-
Element. Bei Sturm u. Regen kein Erlöschen.
Absolut sicher gegen Feuersgefahr. Einfachste
Behandlung. Nur durch einen Druck mit dem
Finger hat man das schönste elektrische Licht.
Bequem in der Tasche zu tragen. Nur allein bei
C. W. Trothe, Hofoptiker, Halle a. S.,
nur Poststrasse 11. [2228]

Druck und Verlag von C. E. Pfeiffer, Halle (Saale), Leipzigerstraße 87.

Mit 2 Beilagen.

Mansfeld'sche Kupferhütten bauende Gewerkschaft.

Eine Erweiterung. Die zweite Beilage zu Nr. 74 der „Saxe-Zeitung“ vom 13. Februar 1901 enthält den hierunter abgedruckten offenen Brief. I. Offener Brief.

dem Herrn Reichstagsabgeordneten der Mansfelder Kreis Dr. Wendt. Berlin.

Reschert Herr! In der Sitzung des Reichstages vom 31. Januar 1901 haben Sie unser Gesuch, bezüglich der Häuserhäuser in Giesleben, durch den Vergab der Mansfelder Gewerkschaft herbeigeführt, was wir zu erfreuen sind.

Damit Sie aber für die nächste Debatte über Ihre Angelegenheit, die Ihnen schwerlich erspart bleibt, genau unterrichtet sind, und mit unannehmbaren Umständen versehen werden, bemerke ich zu Ihren Aufstellungen Folgendes:

1. Sie behaupten, dass (in dem nämlichen Briefe) hat nur versprochen, den Schluss hinzuzufügen, der darin sagt, dass die Entschädigungen vollständig von der Gewerkschaft geleistet werden. In meine, wenn er hier diese Entschädigungen nicht, dann erfordert es doch die Gerechtigkeit, daß er hinsichtlich hinzuzufügen: den Geschädigten ist die Recht erworben.

Diese Ihre Behauptung ist vollständig unrichtig. Sie können dies mit dem in guten Glauben behauptet haben, wenn Sie es sorgfältig vermeiden haben, an Ort und Stelle bei den Geschädigten selbst Grundangaben einzusetzen und sich auf die Angaben der Gewerkschaft selbst, die Sie wie Ihre Sache, als im Zeitpunkt feststehende Sachverhalte zu verhalten haben, bezieht haben.

2. Nehmen Sie es denn, bitte, nicht leicht, wenn ich Ihnen mitteile, daß am 31. Januar 1901, wo Sie erklärt haben: „daß die Schäden in vollkommener Weise durch den Ankauf der Häuserhäuser seitens der Gewerkschaft ihre Entschädigung gefunden haben, so daß der Ankauf der Häuserhäuser als im Zeitpunkt feststehende Sachverhalte zu verhalten haben, bezieht haben.“

3. Sie behaupten, daß Sie ein ganz anderes Projekt erhalten, wenn Sie die Einzelheiten einige noch laufender Projekte hören. 11. 1. 1. Sie sagen zum Beispiel der Besitzer des Baurischen Hofes „Bauer“ hat mehrere Häuser. Das Grundstück ist vollständig geschlossen schon über Jahr und Tag. Der Besitzer ist infolge dessen gezwungen, er ist beschaffenlos herum und hat vollständig nichts weiter als die Sorgen um seinen Projekt. Er kann Ihnen von dem Geite, der immer die Leitung der Gewerkschaft befehlt hat, und der dazu geführt hat, daß in den Mansfelder Anlagen eben das angedeutet durch Einvernehmen zwischen den verschiedenen Interessierten herbeigeführt wurde.

2. Ferner sagt der Bergmann Burchard, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wohnhaft Mittelstraße Nr. 49, seit 16. Juli 1899. Sein Haus ist völlig verfallen. Er beantragt nicht den geringsten Vortheil. Er will nur das, was ihm das Haus selbst gefehlt hat. Er hätte sich auch bereits mit einem Beamten der Gewerkschaft überworfen. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

3. Einige der Häuser, die sich in den jetzigen Prozessen geltend gemacht haben, Ihnen wie folgt benannt: Zunächst erhebt sich unzulässig, daß der durch den Vergab Geschädigte den Beweis des unrichtigen Zusammenhanges zwischen Vergab und Schäden auf seine alleinige Kosten führen muß. Dies Material, das die staatlichen Vergabbehörden in Händen haben, kann der Geschädigte nicht benutzen, weil diese Behörden nur den Schaden und auch diesen nur im beschränkten Umfang Einblick und Auskunft erteilen. Es heißt das, den Eigentümer der Grundstücke zu Gunsten des Vergabes so gut wie nichts anzufragen. Den Geschädigten muß das Recht eingeräumt werden, von den Vergabbehörden volle Mitteilung darüber zu verlangen, ob ein klagender Einfluß des Vergabes statfindet oder zu erwarten ist.

4. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

5. Einige der Häuser, die sich in den jetzigen Prozessen geltend gemacht haben, Ihnen wie folgt benannt: Zunächst erhebt sich unzulässig, daß der durch den Vergab Geschädigte den Beweis des unrichtigen Zusammenhanges zwischen Vergab und Schäden auf seine alleinige Kosten führen muß. Dies Material, das die staatlichen Vergabbehörden in Händen haben, kann der Geschädigte nicht benutzen, weil diese Behörden nur den Schaden und auch diesen nur im beschränkten Umfang Einblick und Auskunft erteilen. Es heißt das, den Eigentümer der Grundstücke zu Gunsten des Vergabes so gut wie nichts anzufragen. Den Geschädigten muß das Recht eingeräumt werden, von den Vergabbehörden volle Mitteilung darüber zu verlangen, ob ein klagender Einfluß des Vergabes statfindet oder zu erwarten ist.

6. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten in vollkommener Weise wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

7. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten in vollkommener Weise wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

8. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten in vollkommener Weise wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

9. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten in vollkommener Weise wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

10. Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten in vollkommener Weise wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

hierbei bauenden Gewerkschaft in den Giesleben Häuserhäuser Angelegenheiten hat sich die Direktion genannter Gewerkschaft veranlaßt, an die Redaktion der „Saxe-Zeitung“ eine Berichtigung zu diesem Artikel zu senden mit dem Ersuchen um Aufnahme derselben auf Grund des Verlagsvertrages, der über den unter Nr. II. hierunter abgedruckten abgedruckten Befehl:

II. Berichtigte Ober-Bez. und Hütten-Direktion Giesleben.

Das und unterm 24. d. Mts. übermittelte Ersuchen um Aufnahme einer Berichtigung des „offenen Briefes“ in Nr. 74 der „Saxe-Zeitung“, müssen wir bei dem oben Abdruckten Grund des § 11 des Verlagsvertrages veranlassen, abzulehnen. Das betreffende Schriftstück entspricht den Voraussetzungen dieses Paragraphen in keiner Weise, sondern trägt den Charakter einer Polemik, zu deren Veröffentlichung wir nicht verpflichtet sind. Der Objektivist hat aber selbst vor bereit, dem „Antrag“ ein „nein“ zu sagen, was wir auf Grund des oben Abgedruckten Befehls in anderer Form fundieren.

Hochachtungsvoll Redaktion der „Saxe-Zeitung“ Dr. M. Scharre.

Der Berichtigung wurde darauf Veränderung und Weggelassungen jeder polemische Charakter genommen, insofern sie nummer 6 unter Nr. II. hierunter abgedruckte Fassung erhielt:

III. Berichtigung. Das 2. Beiblatt zu Nr. 74 der „Saxe-Zeitung“ vom 13. Febr. d. J. enthält einen offenen Brief an den Reichstagsabgeordneten der Mansfelder Kreis Dr. Wendt, Berlin, d. Giesleben, den 12. Februar 1901, unterzeichnet von G. Gogemann und G. W. Louis Giesleben, dessen inhaltliche Ausführungen in Folgendem richtig gestellt werden müssen:

a) unter II. 1. „Da fragt zum Beispiel der Besitzer des Baurischen Hofes“ Bauer, hat sich mehrere Häuser. Das Grundstück ist vollständig geschlossen schon über Jahr und Tag. Der Besitzer ist infolge dessen gezwungen, er ist beschaffenlos herum und hat vollständig nichts weiter, als die Sorgen um seinen Projekt.“

Dazu ist zu bemerken: Bauer hat eine Entschädigung von 60 000 M. von der Gewerkschaft erhalten. Damit konnte er nach dem Abschluß der Entschädigungen nicht nur die abbruchreifen Gebäude, nämlich das Geschäftsgebäude, das Treppenhause, den Küchenanbau und das Seitengebäude, unter Wendung von Ciderbeimittelungen neu aufbauen und ferner die jetzt noch reparaturfähigen Gebäude, wie den Vorderfall rechts, den Vorderfall links, das Wirtschaftsgebäude, den Abort und die äußeren Anlagen reparieren lassen, ferner er hatte auch noch einen angelegenen Pletza übergeben als Entschädigung für etwaigen Gefährdungsverlust während der Bauzeit.

Die erste Berichtigung des Baurischen Grundstücks „Giesleben vom Baurischen Hof“ hat seitens der Sachverständigen, der Kommission zur Feststellung der durch Entschädigungen in der Stadt Giesleben entstandenen Schäden, nämlich seitens der Herren Geheimen Rathen Schellert und Bergmann Bergmannier, Bielefeld, im März 1899 stattgefunden, wobei der Wiederanbau des Vorder- und Seitengebäudes unter Wiederbenutzung der noch vorhandenen Theile und die Reparaturen der übrigen Seiten- und Hintergebäude zu einem Gesamtbetrage von 40 000 M. abgeschätzt worden sind. Eine Wiederherstellung nahm jedoch Bauer nicht vor; er lehnte eine solche in seinem Schreiben an die Kommission ausdrücklich ab, nahm aber die 40 000 M. am 20. April 1897 in Empfang. Am 10. März 1898 fand ihm zur vollen Entschädigung nach 20 000 M. gezahlt, weil der Ankauf seines Grundstücks nicht zu Stande kam. Da er den Gebäuden nichts gab, so war die unzulässige Folge, daß der Ankauf des Hauses sich nicht vollziehen konnte. Am 26. Januar 1898 dem Bauer gefolgt, das besagte Grundstück zu räumen, was am 28. Januar 1898 geschah ist.

b) unter II. 2. Ferner sagt der Bergmann Burchard, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wohnhaft Mittelstraße Nr. 49, seit 16. Juli 1899. Sein Haus ist völlig verfallen. Er beantragt nicht den geringsten Vortheil. Er will nur das, was ihm das Haus selbst gefehlt hat. Er hätte sich auch bereits mit einem Beamten der Gewerkschaft überworfen. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Einige Gebäude dieses eigenen Arbeiters der Gewerkschaft — eines sehr achtbaren Mannes — wurden, merken Sie sich, durch den Arbeiter, vor mehreren Tagen, theilweise eingestürzt, aber keine vollständige Entschädigung hat, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Man Ihnen eine richtige Bestätigung von der Schnelligkeit zu verschaffen, mit der den Geschädigten die Entschädigung wird. Wie Sie sich so sehr ausdrücken — ihre Entschädigung wird. Nehmen Sie gefälligst von Folgendem Kenntnis: Der Lehrer Karl Gogemann, wohnhaft in der Festungsstraße 44, wurde schon am 9. November 1899 vollständig aus obigem Hause vertrieben. Er war der Erste, der im Juni 1894 Klage anreichte; er hat seine Entschädigung am 1. März 1901 erhalten. Seine Klage schwebt zur Zeit noch dem Oberlandesgericht in Magdeburg a. S. — Da eine detaillierte Nachforschung den Ansprüchen moderner Kultur entspricht oder nicht bei derartig Langsamkeit bei Prozessgang die Klage vielfach die Empfindung haben, daß sie nicht recht zufrieden sein können. Doch dieser Beamte wurde plötzlich entlassen, weil man ihm Befähigungsdienste vorwarf. Burchard wurde erneut zum Projekt gezwungen. Die Gewerkschaft hielt sich an die Abmachungen nicht gehalten, weil ihr Beamter keine schriftliche Vollmacht gehabt habe.

Sammergerechnet, so erhält man die Summe von 83 500 M., während es nach dem offenen Briefe den Anschein hat, als hätte die Betroffenen noch garnicht erhalten.

Giesleben, den 6. März 1901. Die Ober-Bez. und Hütten-Direktion. Ges. Scharre.

Aber auch in dieser Form wurde die Aufnahme der Berichtigung von der Redaktion der „Saxe-Zeitung“ mittels des unter Nr. IV. hierunter abgedruckten Schreibens verweigert.

IV. Die Mansfeld'sche Kupferhütten bauende Gewerkschaft Giesleben.

In unseren Bedauern müssen wir auch über heutigen Einsetzung die Veröffentlichung verweigern, so lange sie Objectivist auf Grund des Verlagsvertrages geordnet wird. Auch die neue Fassung entspricht in keiner Hinsicht den Voraussetzungen, welche in § 11 bezüglich der Aufnahmeverpflichtung gemacht worden. Bezüglich unserer Bereitwilligkeit zum Abdruck verweisen wir auf den Schluss unserer Schrift vom 26. Februar, er und geblieben Hochachtungsvoll Redaktion der Saxe-Zeitung, Dr. M. Scharre.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

Die Veröffentlichung der Berichtigung und die Schreiben der „Saxe-Zeitung“ nur, einmal um in die offenen Briefe einfließen unangenehmsten Umständen gegenüber die Gewerkschaft, zurückzukehren, dann aber und nicht zum allernächsten darum, um zu zeigen, welcher Objektivist sich die „Saxe-Zeitung“ bezieht.

Der Gegenstand der Gewerkschaft öffnet sie in bereitwilligster Weise, handelt es sich doch um Vergebung — ihre Spalten, der Gewerkschaft verweigert sie aber zur Berichtigung des Gegenstandes, welche die „Saxe-Zeitung“ in ihrem Schreiben erklärt, daß sie event. und auf Wunsch der Berichtigung Aufnahme in ihren Spalten gewähren wolle; aber bereits schon das Wort „eventuell“, daß es ihr mit einer etwaigen Aufnahme keine Gnade gewesen, so wird selbst auch für die Mansfelder Gewerkschaft, die sich auf Grund des Verlagsvertrages verpflichtet hat, sich überhaupt zu äußern, es war vielmehr die Pflicht der „Saxe-Zeitung“, die Berichtigung zu dem offenen Briefe, in welchem die Gewerkschaft in gefälliger Weise angegriffen wird, abzuwenden.

W. Geyert, 8. März. (Wie in heutiger Stadt...)

W. Geyert, 8. März. (Stein) In der Kaiserlichen...)

W. Geyert, 9. März. (Düfer) Leichennagel...)

W. Geyert, 8. März. (Witterung) Am 6. März bei...)

W. Geyert, 8. März. (Erntennunnen) Das ungefähre...)

W. Geyert, 8. März. (Anhaltische Landtag) nahm in der heutigen...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

W. Geyert, 8. März. (Wahl) Am 27. März 1888...)

wieder davonzugehen seien. (Sehr richtig)...

Der Reichstag hat die letzten Elemente mit sich...

ihre beiden Augen zu schließen. Als das Feuer...

Vermisches.

Das Denkmal der Königin Julie in Berlin wurde...

Entschliches Unglück. Am 26. Februar wurde in dem...

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or marginal note.

